Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1954

07. 03. 88

Sachgebiet 240

Antrag

der Abgeordneten Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Pinger, Feilcke, Frau Fischer, Hedrich, Höffkes, Dr. Kronenberg, Dr. Kunz (Weiden), Frau Männle, Dr. Pohlmeier, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schreiber, Scharrenbroich, Schemken, Sauer (Stuttgart), Seesing, Weiß (Kaiserslautern) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Frau Folz-Steinacker, Hoppe, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Feldmann, Irmer, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Haussmann, Dr. Hoyer, Nolting, Beckmann, Frau Seiler-Albring, Bredehorn, Lüder, Dr. Hitschler, Dr. Solms, Timm, Zywietz, Frau Würfel und der Fraktion der FDP

Der entwicklungspolitische Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen

Verfolgung, Krieg, Bürgerkrieg, Menschenrechtsverletzungen und lebensbedrohende Not sind für gegenwärtig etwa zwölf Millionen Flüchtlinge auf der Welt verantwortlich.

Die Flüchtlingsströme haben sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges erheblich verändert:

1. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge flieht heute aus Ländern der Dritten Welt.

2. Die große Mehrheit der Flüchtlinge flieht heute in Entwicklungsländer.

3. Zur Not der Flucht kommt der Kampf um das Überleben in den ärmsten Ländern dieser Welt.

Diese Situation stellt an die Entwicklungspolitik besondere Anforderungen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die Bundesregierung in den Vereinten Nationen eine Flüchtlingsresolution initiiert hat, die durch die Generalversammlung am 3. Dezember 1986 verabschiedet wurde. Die Bundesregierung wird ermutigt, darauf hinzuwirken, daß die in der Resolution enthaltene Aufforderung zur „zwischenstaat-

lichen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Vorbeugung neuer massiver Flüchtlingsströme" von allen Regierungen beachtet wird, und daß der VN-Generalsekretär seine ihm in diesem Zusammenhang übertragenen Präventivaufgaben voll wahrnimmt.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik verstärkt Beiträge zur Lösung der Weltflüchtlingsprobleme zu leisten.

2.1 Die Entwicklungspolitik soll die Fluchtursachen vermindern durch

2.1.1 Nutzung der Möglichkeiten des Politikdialogs zur Schaffung entwicklungsfreundlicher Rahmenbedingungen einschließlich der Wahrung der Menschenrechte;

2.1.2 Einsatz entwicklungspolitischer Möglichkeiten zur präventiven Friedenssicherung und zur Konflikteingrenzung;

2.1.3 Unterstützung langfristiger Maßnahmen in den Entwicklungsländern zur Beiseitigung der ökonomischen und sozialen Ursachen für Hunger und Not.

2.2 Entwicklungspolitik soll Nachbarregionen von Fluchtursprungsländern verstärkt berücksichtigen, d. h.

2.2.1 die Flüchtlingsaufnahmeländer in der Dritten Welt entlasten;

2.2.2 die vom Auswärtigen Amt getragene humanitäre Soforthilfe und Katastrophenhilfe durch flüchtlingsrelevante Maßnahmen ergänzen. Durch Hilfe zur Selbsthilfe soll insbesondere für länger verweilende Flüchtlings-Populationen eine „verewigte" Lagersituation vermieden werden;

2.2.3 Entwicklungsprojekte fördern, die strukturbildend wirken, den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung gleichermaßen zugute kommen sowie in die nationalen Entwicklungspläne der Aufnahmeländer einbezogen sind. Dadurch sollen Unterschiede in den Entwicklungschancen und daraus resultierende Spannungen vermieden sowie eine Integration der Flüchtlinge ermöglicht werden;

2.2.4 die Rückkehr von Flüchtlingen durch Wiedereingliederungsmaßnahmen unterstützen;

2.2.5 die bildungs-, berufs- oder erfahrungsbedingten Potentiale von Flüchtlingsbewegungen soweit wie möglich entwicklungspolitisch nutzen;

2.2.6 die Flüchtlingssituation in den Aufnahmeländern durch verstärkten Auf- und Ausbau der Infrastruktur menschenwürdig gestalten und so zur Überwindung unmittelbarer Lebensgefahren für Flüchtlinge sowie von Aufnahmeschwierigkeiten in Erst- oder Zweitaufnahmeländern beitragen.

2.3 Vorrübergehende Aufenthalte von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland sollten auch zur Vorberei-

tung auf Rückführung, auf Weiterwanderung oder für den Einsatz in anderen Entwicklungsländern genutzt werden.

2.3.1 Asylsuchende Jugendliche sollten Ausbildungschancen insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung zur Rückkehr, zur Umsiedlung oder zum Einsatz in der Dritten Welt wahrnehmen können;

2.3.2 die mit Entwicklungspolitik befaßten Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland sollten für die obengenannten Maßnahmen genutzt werden.

2.4 Die Koordinierung der Maßnahmen zur Lösung von Flüchtlingsproblemen sollte sichergestellt werden, insbesondere

2.4.1 mit den Bemühungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

Dabei sollte auch auf eine Vereinheitlichung des Zahlenrasters hingewirkt werden, der neben den asylrelevanten Flüchtlingsbegriffen auch die entwicklungsrelevanten Flüchtlingsbegriffe in das Zahlenwerk einbezieht (Beispiel: hungersnotbedingte Bewegungen innerhalb eines Landes);

2.4.2 mit den entsprechenden Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft;

2.4.3 zwischen den nationalen Politikbereichen (Außen-, Entwicklungs-, Bildungs- und Innenpolitik).

2.5 Die Forschung ist weiterzuführen, vor allem

2.5.1 über Fluchtursachen;

2.5.2 über die Wirkung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Flüchtlingsbereich;

2.5.3 über den Einsatz von in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildeten Flüchtlingen in Ländern der Dritten Welt.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über die Ergebnisse ihrer Bemühungen dem Deutschen Bundestag Bericht zu erstatten.

Bonn, den 7. März 1988

Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Pinger
Feilcke
Frau Fischer
Hedrich
Höffkes
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Frau Männle
Dr. Pohlmeier
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Schreiber

Scharrenbroich
Schemken
Sauer (Stuttgart)
Seesing
Weiß (Kaiserslautern)
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Borchert
Dr. Faltlhauser
Dr. Friedrich
Fuchtel
Frau Geiger
Dr. Grünewald
Hauser (Esslingen)
Frau Dr. Hellwig
Herkenrath
Hinsken
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hüsch
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Dr.-Ing. Kansy
Krey
Dr. Langner
Frau Limbach
Linsmeier
Magin
Marschewski
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Frau Pack
Pesch
Petersen
Reddemann
Repnik
Rossmanith
Sauter (Epfendorf)
Schulhoff
Schulze (Berlin)
Schwarz
Spilker
Dr. Stercken
Straßmeier
Zink
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Frau Folz-Steinacker
Hoppe
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Feldmann
Irmer
Dr.-Ing. Laermann
Dr. Haussmann
Dr. Hoyer
Nolting
Beckmann
Frau Seiler-Albring
Bredehorn
Lüder
Dr. Hitschler
Dr. Solms
Timm
Zywietz
Frau Würfel
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333